ARGUMENTATION KOMPAKT

Ein Service der Hanns-Seidel-Stiftung für politische Entscheidungsträger

Hanns Seidel Stiftung

Ausgabe vom 14. Oktober 2011 – 4/2011

Die Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern und in Berlin

Keine Verbesserung für das bürgerliche Lager, aber Stabilisierung der CDU

Am Ende des Superwahljahres 2011 boten die Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin keine Möglichkeit für eine bürgerliche Mehrheit aus CDU und FDP. Für die FDP brachten diese Ergebnisse keine positiven Aspekte, während sich die CDU stabilisieren konnte. Ein Gewinn mit Regierungsbeteiligung in Berlin sowie die Fortsetzung der Koalition mit der SPD in Mecklenburg-Vorpommern ist angesichts der Ausgangsbedingungen ein akzeptables Resultat. Die Wahlen haben auch gezeigt, dass die Rahmenbedingungen für die CDU in den ostdeutschen Flächenstaaten sich immer noch von denen im Westen unterscheiden. Die zusätzliche Wählermobilisierung, die dort erforderlich und für die Union auch möglich ist, muss über die Gewinnung zusätzlicher Kompetenz in den Politikfeldern geschehen, in denen man in den Augen der Wähler gegenüber anderen Parteien in Rückstand geraten ist.

Die Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern und in Berlin

Keine Verbesserung für das bürgerliche Lager, aber Stabilisierung der CDU

Gerhard Hirscher

Die Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern und in Berlin bildeten den Abschluss des Superwahljahres 2011. Sondereffekte wie die Naturkatastrophe in Japan und die dadurch in Deutschland ausgelöste Diskussion um die Energiewende spielten anders als im Frühjahr keine direkte Rolle mehr. Die FDP wurde bei beiden Wahlen stark in Mitleidenschaft gezogen. Eine Perspektive für eine bürgerliche Mehrheit aus CDU und FDP hatte ohnehin in keinem der Länder bestanden. Die CDU hat sich am Ende dieses Wahljahres stabilisiert, da sie in Mecklenburg-Vorpommern wieder und in Berlin neu in die Regierung kam und sich in Berlin trotz großer Widerstände leicht verbessern konnte. Keines der Länder bot noch die Basis für eine Koalition aus SPD und Linken. Die Grünen konnten sich im Trend verbessern, aber weitergehende Träume in Berlin erfüllten sich nicht. Mit den Piraten zog eine Gruppierung ins Berliner Abgeordnetenhaus, die sich wohl eher in urbanen Räumen entfalten kann. Diese sind aber keine Konkurrenz für das bürgerliche Lager, sondern weit mehr für die Parteien links von der Mitte.

1. Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern vom 4. September 2011

Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern vom 4. September 2011 setzte die Tendenzen der vorherigen Landtagswahlen des Jahres 2011 fort. Zugleich war sie eine Regionalwahl in den neuen Bundesländern, bei der einige der dort typischen Aspekte erneut deutlich zutage traten. Die Zahl der Wahlberechtigten war mit 1,41 Millionen gering und lag wegen der demographischen Entwicklung nochmals um über 58.000 niedriger als bei der letzten Landtagswahl 2006. Zusätzlich stieg die Zahl der Nichtwähler um über 81.000 Stimmen an, so dass bei 697.045 abgegebenen Stimmen nur noch eine Wahlbeteiligung von 51,4 % (und damit 7,8 Punkte weniger als 2006) erreicht wurde.

Angesichts einer relativ erfolgreichen Großen Koalition fand die Wahl ohne wirkliche landespolitische Konfliktthemen statt. Allerdings hat von dieser Koalition die SPD mit ihrem Spitzenkandidaten und Ministerpräsidenten Erwin Sellering mehr profitiert. Die SPD holte 35,6 % der Zweitstimmen und legte damit 5,4 Prozentpunkte zu. In absoluten Stimmen verlor sie aber 5.062 und kam auf 242.250 Zweitstimmen. Sie lag damit weit vor der CDU, die nur auf 23,0 % bei einem Verlust von 5,8 Punkten kam. Bei den Erststimmen holte die SPD 240.368 und lag damit unter dem Zweitstimmenergebnis.

Die Union mit ihrem Spitzenkandidaten Lorenz Caffier gab 78.383 Stimmen ab und kam noch auf 156.967 Zweitstimmen, ein Verlust von einem Drittel (33,3 %) der Stimmen der letzten Wahl. Das Erststimmenergebnis fiel mit 181.897 hingegen deutlich besser aus.

Die Linke musste ebenfalls abgeben: Sie verlor 11.727 Stimmen und kam noch auf 125.526 Zweitstimmen. Prozentual konnte sie sich damit sogar um 1,6 Punkte auf 18,4 % verbessern und blieb damit drittstärkste Partei. Auch ihr Erststimmenergebnis war mit 126.958 etwas besser als der Zweitstimmenwert. Die Grünen verdoppelten ihren Stimmenanteil um 31.362 auf 59.004 Zweitstimmen (die einzige Partei, die netto Stimmen gewinnen konnte) und kamen bei einem Gewinn von 5,3 Prozentpunkten und 8,7 % erstmals in den Landtag und sind damit in allen deutschen Landesparlamenten vertreten. Bei den Erststimmen waren sie mit 56.007 nur wenig schwächer als bei den Zweitstimmen. Die FDP verlor 59.497 Stimmen und kam noch auf 18.943 Zweitstimmen – ein Verlust von drei Vierteln (75,8 %) ihrer Stimmen von 2006. Sie verlor damit 6,8 Prozentpunkte und kam noch auf 2,8 % und schied damit aus dem Landtag aus. Sie erhielt aber mit 22.055 einen höheren Wert bei den Erststimmen. Die NPD hingegen konnte sich mit 6,0 % der Zweitstimmen (40.642) im Landtag halten, auch wenn sie 1,3 Punkte und 19.203 Stimmen verlor. Ihr Erststimmenwert war mit 39.613 nicht wesentlich niedriger als bei den Zweitstimmen.

Die sonstigen Parteien landeten weit unter der 5 %-Hürde, wobei am besten die PIRATEN (1,9 %) und die Partei FAMILIE (1,5 %) abschnitten sowie die Freien Wähler (1,1 %), die damit an der Wahlkampfkostenerstattung partizipieren. Während die beiden ersten Gruppierungen bei den Erststimmen nur auf 0,2 % kamen, holten die Freien Wähler mit 10.037 Stimmen und 1,5 % einen deutlich besseren Erststimmenwert.

Im Landtag mit insgesamt 71 Sitzen erhielt die SPD 27, die CDU 18, die Linke 14, die Grünen 7 und die NPD 5. Eine schwarz-gelbe Koalition war nicht möglich und auch eine rot-grüne Koalition hatte keine Mehrheit. Sowohl eine große Koalition (46 Mandate) als auch eine Koalition aus SPD und Linken (42 Mandate) waren mögliche Bündnisse. Aufgrund einer Nachwahl auf Rügen am 18. September 2011 gewannen die Grünen einen zusätzlichen Sitz zu Lasten der SPD. An den Mehrheitsverhältnissen hat dies aber nichts geändert. Die kurz darauf erfolgte Entscheidung zur Bildung einer Koalition aus SPD und CDU hat einen Trend in den neuen Ländern bekräftigt, der sich schon bei der Wahl in Sachsen-Anhalt im März 2011 gezeigt hatte.

Laut der Wählerwanderungsbilanz von Infratest dimap konnte die SPD ihr Niveau gegenüber der letzten Wahl in etwa halten und musste insgesamt nur gut 7.000 Stimmen abgeben. Sie verlor 11.000 an die Grünen und 2.000 an sonstige Parteien, gewann aber 22.000 von der CDU und 12.000 von der FDP. Allerdings verlor sie 10.000 Stimmen an die Nichtwähler und 15.000 an den Generationenwechsel. Der Saldo aus Zu- und Fortgezogenen war aber mit 5.000 positiv.

Die CDU hingegen verlor insgesamt über 72.000 Stimmen und konnte lediglich 11.000 Stimmen von der FDP holen. Ansonsten verlor sie 22.000 Stimmen an die SPD, 6.000 an die Linke, 6.000 an die Grünen, 1.000 an die NPD und 1.000 an sonstige Parteien. Auch an die Nichtwähler gab sie 34.000, an den Generationenwechsel 12.000 Stimmen ab. Der Saldo von Zu- und Fortzügen war bei der CDU ebenfalls mit 3.000 Stimmen im negativen Bereich.

Die Linke konnte 6.000 Stimmen von der CDU und 2.000 von der FDP abziehen. Sie verlor 2.000 Stimmen an sonstige Parteien und jeweils 1.000 an NPD und Grüne. Sie gab dazu 6.000 Stimmen an die Nichtwähler ab und verlor 7.000 Stimmen an den Generationenwechsel. Auch der Saldo an Zu- und Fortgezogenen war mit 2.000 Stimmen im negativen Bereich.

Die Grünen mussten lediglich 1.000 Stimmen an sonstige Parteien abgeben, holten aber ansonsten von allen anderen Parteien Stimmen: 11.000 von der SPD, 6.000 von der CDU, 1.000 von der Linken und 5.000 von der FDP. Aus dem Nichtwählerbereich holten sie als einzige Partei einen Gewinn von 1.000 Stimmen, profitierten mit 3.000 Stimmen aus dem Generationenwechsel und mit 2.000 aus dem Saldo von Zu- und Fortgezogenen.

Die FDP konnte nirgendwo zugewinnen und gab in alle Richtungen ab: 12.000 Stimmen an die SPD, 11.000 Stimmen an die CDU, jeweils 5.000 an die Grünen und sonstige Parteien, 2.000 an die Linke und 1.000 an die NPD. Auch an die Nichtwähler verlor sie 12.000 und nochmals 3.000 Stimmen an den Generationenwechsel sowie 9.000 an den Saldo aus Zu- und Fortgezogenen.

Die NPD holte jeweils 1.000 Stimmen von CDU, Linken und FDP. Aus dem Generationenwechsel holte sie 1.000 Stimmen, verlor aber 18.000 an die Nichtwähler und 6.000 an den Saldo aus Zu- und Fortzügen.

Die sonstigen Parteien holten 5.000 Stimmen von der FDP, jeweils 2.000 Stimmen von SPD und Linken und jeweils 1.000 von CDU und Grünen. Sie verloren aber 7.000 Stimmen an die Nichtwähler sowie 2.000 an den Saldo aus Zu- und Fortgezogenen. Aus dem Generationenwechsel profitierten sie hingegen mit 3.000 Stimmen.

Insgesamt betrachtet ergab das Ergebnis der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern keine Überraschungen. Die Landesregierung konnte ihre guten Zustimmungswerte nutzen, wobei diese stärker der SPD zugute kamen – wie so oft nutzt eine Große Koalition eher dem größeren Partner. Dem bundespolitischen Trend entsprechend schafften die Grünen den Einzug ins Parlament, während die FDP dieses wieder verlassen musste. Das bürgerliche Lager hatte am stärksten unter der schwachen Mobilisierung zu leiden. Diese betraf auch die anderen Parteien – nur die Grünen konnten netto Stimmen dazu gewinnen –, aber CDU und FDP mussten am meisten abgeben. Die geringe Wahlbeteiligung schadete auch der Linken, dürfte aber der NPD geholfen haben, die trotz heftiger Stimmenverluste (ein Drittel) den Einzug ins Parlament wieder schaffte.

Der Vorsprung der SPD war angesichts der Umfragen absehbar. Externe Effekte, die einen zusätzlichen Mobilisierungsschub auslösen konnten, waren nicht zu verzeichnen. Die Parteien in der bisherigen Koalition konnten oder wollten keine relevante Mobilisierung erreichen, was angesichts einer Großen Koalition generell schwieriger ist als bei lagerkonsistenten Bündnissen. Hierzu trug auch bei, dass die jeweiligen Spitzenkandidaten in der

öffentlichen Bewertung weit auseinanderlagen: Bei der Frage nach der Direktwahl des Ministerpräsidenten sprachen sich zuletzt 62 % für Erwin Sellering aus, aber nur 17 % für den Herausforderer Lorenz Caffier.

Die Umfragen zeigen auch, dass die CDU als der weniger erfolgreiche Partner in der Koalition wahrgenommen worden war: Laut Infratest dimap zeigten sich mit der Arbeit der SPD in der Regierung 4 % sehr zufrieden und 50 % zufrieden, 33 % weniger und 7 % gar nicht zufrieden. Mit der CDU zeigten sich nur 2 % sehr zufrieden und 33 % zufrieden, aber 46 % weniger zufrieden und 13 % gar nicht zufrieden. Die Opposition fiel hingegen insgesamt ab: Laut Forschungsgruppe Wahlen kamen auf einer Skala von +5 bis -5 die SPD auf +1,0 und die CDU auf +0,5, die Linke aber auf -0,5, die FDP auf -1,4 und die NPD auf -4,1. Bei der Bewertung der Parteien insgesamt kam die SPD auf +2,1, die CDU auf +0,8, die Grünen auf +0,2, die Linke auf 0,0, die FDP auf -1,4 und die NPD auf -3,9.

Die nächste Landesregierung sollte lauf Infratest dimap in den Augen von 48 % der Wähler von der SPD geführt sein; 25 % sprachen sich für eine CDU-geführte Regierung aus. Eine Fortsetzung der Großen Koalition würden 59 % bevorzugen. 35 % sprachen sich vor der Wahl für eine Koalition der SPD mit der Linkspartei aus. Daraus lässt sich der Schluss ziehen, dass die Wähler insgesamt eine Bestätigung der bisherigen Regierung vornahmen und auch mehrheitlich eine Fortsetzung der Großen Koalition wollten. Der bundesweite Trend und die im Land offenkundigen Mobilisierungsprobleme der CDU haben für diese ein besseres Resultat verhindert.

Dies spiegelt sich auch in den Aussagen über die Parteien: So lag die CDU laut Infratest dimap bei allen abgefragten Eigenschaften (fähige Politiker; bürgernah; glaubwürdig; geschlossen; hat die richtigen Konzepte für das Land) hinter der SPD, wenn auch bei der Frage nach den Politikern und der Geschlossenheit nur knapp. Bei den Parteikompetenzen lag die SPD in allen Feldern klar vorn. Die CDU holte in den meisten Feldern den zweiten Platz, lag aber im Bereich Schule und Bildung sowie Familienpolitik noch hinter der Linken auf dem dritten Platz.

Die Landtagswahl wies einige Charakteristika von Wahlen in den neuen Ländern auf: eine (noch) starke Linke, (noch) relevante Rechtsextremisten und eine geringe Wahlbeteiligung. Dazu gehört auch die Bereitschaft, Koalitionen aus SPD und CDU überwiegend wohlwollend für das Land zu akzeptieren und diese anderen möglichen Modellen vorzuziehen. Auf der anderen Seite haben sich auch die allgemeinen Trends der deutschen Politik ausgewirkt, vor allem die positive Konjunktur der Grünen, die nun auch im Osten jedes Parlament erreicht haben, und die anhaltende Schwäche der FDP, die sich nicht als für das Land notwendige politische Kraft präsentieren konnte. Das wird unterstrichen durch den Befund, dass eine relativ große Gruppe von 36 % sagte, die Politik im Bund sei für die Wahlentscheidung wichtiger als die im Land. Eine bürgerliche Mehrheit war bei dieser Wahl ohnehin nicht zu erwarten gewesen. Das Resultat hat aber die Ausgangsbedingungen für eine solche Mehrheit auch über Mecklenburg-Vorpommern hinaus nicht verbessert.

2. Die Wahl zum Abgeordnetenhaus in Berlin vom 18. September 2011

Die Wahl zum Abgeordnetenhaus in Berlin vom 18. September 2011 war die letzte Landtagswahl des Jahres. Trends, die die vorherigen Wahlen beeinflusst hatten, waren auch dieses Mal wieder festzustellen. Zusätzlich machten sich einige Berliner Besonderheiten bemerkbar, die die Vergleichbarkeit mit anderen Wahlen insbesondere in den Flächenstaaten einschränken. Die SPD blieb stärkste Partei, musste aber Einbußen hinnehmen. Der Spitzenkandidat und Amtsinhaber Klaus Wowereit verlor sein Direktmandat in Tempelhof an einen CDU-Kandidaten. Die seit zehn Jahren amtierende Koalition aus SPD und PDS / Linken hat keine Mehrheit mehr, was vor allem am schlechten Ergebnis der Linken lag. Die SPD kann sich entscheiden zwischen einer Koalition mit den Grünen, die sich mehr erhofften, und der CDU, die sich wieder stabilisieren konnte. Eine bürgerliche Mehrheit war ohnehin nicht in Reichweite und wurde durch das historisch schlechte Resultat der FDP in weite Ferne verschoben.

Die SPD holte 413.124 und damit 28,3 % der Zweitstimmen (davon 28,8 % im Osten und 28,0 % im Westen); sie musste so einen Verlust von 2,5 Prozentpunkten hinnehmen. Die CDU mit ihrem Spitzenkandidaten Frank Henkel holte 340.992 und damit 23,4 % der Zweitstimmen (davon 29,5 % im Westen, aber nur 14,2 % im Osten) und konnte um 2,1 Punkte zulegen. Die Grünen mit ihrer Spitzenkandidatin Renate Künast bekamen 256.940, also 17,6 % der Zweitstimmen (20,4 % im Westen, 13,5 % im Osten) und gewannen 4,5 Prozentpunkte. Die Linke holte nur noch 170.829 und 11,7 % bei den Zweitstimmen (22,6 % im Osten, aber nur 4,3 % im Westen) und verlor 1,7 Punkte. Die FDP kam noch auf 1,8 % an Zweitstimmen (1,2 % im Osten, 2,3 % im Westen) und fiel mit ihren 26.916 aus dem Parlament. Die Piraten zogen mit 129.795 und 8,9 % der Zweitstimmen ins Parlament ein, davon 10,1 % im Osten und 8,1 % im Westen. Die sonstigen Parteien kamen auch noch auf 8,3 % der Zweitstimmen (im Osten 9,6 %, im Westen 7,4 %). Unter diesen blieben über der für die Wahlkampfkostenfinanzierung relevanten Marke von 1 % die NPD mit 31.243 Zweistimmen und 2,1 %, die Tierschutzpartei mit 21.612 Stimmen und 1,5 %, Pro Deutschland mit 17.829 Stimmen und 1,2 % sowie Die Freiheit mit 14.019 Zweitstimmen und 1,0 %.

Bei den Erststimmen schnitten die großen Parteien besser ab: Die SPD holte 31,3 % und die CDU 25,6 %. Aber auch die Grünen holten mit 18,4 % ein besseres Ergebnis bei den Erststimmen; ebenso die Linke mit 12,6 %. Die FDP schnitt hingegen bei den Erststimmen traditionell schwächer ab und kam nur auf 1,4 %. Niedriger lagen bei den Erststimmen auch die Piraten mit 5,1 % und die NPD mit 0,9 %. Unter den Splittergruppen holte lediglich Pro Deutschland mit 2,6 % ein deutlich höheres Erststimmenresultat.

Die Wahlbeteiligung lag bei 60,2 % und war damit um 2,2 Punkte höher als 2006. Im Westen lag sie sogar bei 61,9 %, im Osten bei 57,8 %.

Anders als noch im vorläufigen Endergebnis ermittelt, wurden endgültig nur 149 Mandate vergeben. Davon erhielten die SPD 47 (davon 34 Direktmandate), die CDU 39 (25 Direktmandate), die Grünen 29 (davon 10 Direktmandate), die Linke 19 (9 Direktmandate) und

die Piraten 15 Sitze. Damit hätte eine Regierung aus SPD und Grünen eine knappe Mehrheit, ein Bündnis aus SPD und CDU eine größere. Für die SPD wäre die Einbeziehung von Linken oder Piraten zusätzlich zu den Grünen nicht notwendig. Für die CDU wäre auch ein Bündnis mit den Grünen ohne eine Mehrheit. Bereits wenige Tage nach der Wahl entschied sich die SPD für eine Koalition mit den Grünen. Die Koalitionsverhandlungen wurden jedoch am 5. Oktober 2011 abgebrochen; stattdessen kündigte die SPD Verhandlungen mit der CDU an.

Laut der Wählerwanderungsbilanz von Infratest dimap konnte die SPD ihr Niveau gegenüber der letzten Wahl deswegen nicht halten, weil sie innerhalb und außerhalb des Lagers Stimmen abgab. Sie verlor 18.000 Stimmen an die Grünen, 14.000 an die Piraten und 12.000 an die CDU. Auch an die Linke musste sie noch 2.000 Stimmen abgeben. Von der FDP konnte sie hingegen 7.000 Stimmen holen, dazu 4.000 aus dem Nichtwählerlager und 5.000 von den sonstigen Parteien. Sie verlor zwar 13.000 Stimmen an den Generationenwechsel, holte aber 31.000 aus dem Saldo von Zu- und Fortgezogenen.

Die CDU musste lediglich 4.000 Stimmen an die Piraten abgeben, ansonsten war ihre Wanderungsbilanz positiv. Sie erhielt 30.000 Stimmen von der FDP, 12.000 von der SPD, 5.000 von den sonstigen Parteien und jeweils 1.000 Stimmen von Grünen und Linken. An den Generationenwechsel verlor sie 16.000 Stimmen, konnte aber ebenfalls 19.000 aus dem Saldo von Zu- und Fortgezogenen holen.

Die Grünen zeigten ebenfalls ein gemischtes Bild: Sie holten 18.000 Stimmen von der SPD, 9.000 von den Nichtwählern, 6.000 von sonstigen Parteien, 3.000 von der FDP und 2.000 von der Linken. Sie verlor jedoch 17.000 Stimmen an die Piraten und 1.000 an die CDU. Der Saldo aus Erstwählern und Verstorbenen war erneut mit 5.000 Stimmen positiv; aus dem Saldo von Zu- und Fortgezogenen holten sie sogar 49.000 Stimmen.

Die Linke gewann 3.000 Stimmen von den Nichtwählern, jeweils 2.000 von SPD und sonstigen Parteien sowie 1.000 von der FDP. Abgeben musste sie 13.000 Stimmen an die Piraten, 2.000 an die Grünen und 1.000 an die CDU. An den Generationswechsel verlor sie 11.000 Stimmen, holte aber noch 5.000 aus dem Saldo von Zu- und Fortgezogenen.

Die FDP verlor in alle Richtungen: 30.000 an die CDU, 14.000 an die Nichtwähler, 7.000 an die SPD, 6.000 an die Piraten, 5.000 an sonstige Parteien, 3.000 an die Grünen und 1.000 an die Linke. Auch an den Generationswechsel verlor sie 5.000 Stimmen und nochmals 5.000 an den Saldo von Zu- und Fortgezogenen.

Genau umgekehrt zeigte sich das Bild für die Piraten: Ihre Stimmen kamen zu 23.000 aus dem Nichtwählerbereich. 22.000 Stimmen kamen von den sonstigen Parteien, 17.000 von den Grünen, 14.000 von der SPD und 13.000 von den Linken. Von der FDP kamen 6.000 Stimmen, von der CDU 4.000. Sie profitierten mit 12.000 Stimmen aus dem Generationswechsel und mit 20.000 vom Saldo aus Zu- und Fortgezogenen.

Die sonstigen Parteien konnten nur aus dem FDP-Lager 4.000 Stimmen holen, verloren darüber hinaus aber in alle Richtungen. 22.000 Stimmen gingen an die Piraten, jeweils

6.000 Stimmen an Nichtwähler und Grüne, jeweils 5.000 an SPD und CDU und noch 2.000 an die Linke. Der Saldo aus Erstwählern und Verstorbenen war mit 2.000 Stimmen negativ, der aus Zu- und Fortgezogenen sogar mit 24.000.

Das Nichtwählerlager wurde mit 14.000 Stimmen von der FDP und 6.000 von den sonstigen Parteien gefüllt. Umgekehrt gingen 23.000 Stimmen an die Piraten, 9.000 an die Grünen, 4.000 an die SPD und 3.000 an die Linke.

Zwar brachte die Abgeordnetenhauswahl in Berlin das erwartete Ergebnis, dass Klaus Wowereit weiterhin als Regierender Bürgermeister amtieren kann. Im Detail zeigte das Resultat aber einige neue Akzente: Die SPD wurde zwar stärkste Partei, schnitt aber nicht so gut ab wie erwartet. Die Linke verzeichnete ebenfalls Verluste und war so nicht mehr in der Lage, sich in ihrer ehemaligen Hochburg für die Regierungsbildung anzubieten. Die CDU schnitt besser ab, als nach manchen Indikatoren zu erwarten gewesen war, während die FDP ihr nicht mehr vermeidbares desaströses Ergebnis einfuhr. Die Grünen holten einen Rekordwert, blieben aber ebenfalls hinter den Erwartungen zurück, die die Umfragen im Frühjahr geweckt hatten. Vom Ziel, stärkste Partei zu werden, waren sie weit entfernt. Die sonstigen Parteien, die in Berlin traditionell stark vertreten sind, holten sich wieder einen beachtlichen Anteil. Die Piraten kamen mit einem erstaunlichen Resultat ins Abgeordnetenhaus, wobei unklar bleibt, ob sie außerhalb urbaner Biotope wirklich Fuß fassen können. Die NPD und andere Rechtsextremisten hatten (anders als die Republikaner Ende der 80er-Jahre) keine Chance mehr.

Der Spitzenkandidat der SPD, Klaus Wowereit, hatte stets einen komfortablen Vorsprung. So lag er laut Forschungsgruppe Wahlen zuletzt mit 49 % vor Frank Henkel von der CDU mit 22 % und Renate Künast von den Grünen mit 19 %. Im Osten war dabei seine Zustimmung mit 59 % weit höher als im Westen mit 42 %. Möglicherweise hätte die SPD ohne diesen Kandidatenbonus noch deutlich schlechter abgeschnitten. Deutlich besser im Vergleich zum letzten Kandidaten der CDU schnitt Frank Henkel ab, während die Kandidaten von Linken und Grünen fast gleich beurteilt wurden. Für die CDU hat also der Kandidateneffekt wohl noch bei der Verbesserung des Ergebnisses geholfen.

Laut Forschungsgruppe Wahlen wurde die SPD mit +1,6 insgesamt besser bewertet als 2006. Auch die CDU und die Grünen konnten sich leicht verbessern. Während die Linke in der Bewertung stagnierte, fiel die FDP auf einen extrem negativen Wert von -2,4. Auf dieser Basis war das Resultat für die Liberalen vorgezeichnet. Im Osten fiel die Bewertung von SPD und vor allem Linken deutlich besser aus. Alle anderen Parteien außer den Piraten erhielten jeweils schlechtere Werte als in West-Berlin. Auch für die Arbeit im bisherigen Senat wurde die SPD mit +0,9, die Linke aber mit -0,5 bewertet. Von den Oppositionsparteien erreichten nur die Grünen mit 0,4 % einen positiven Wert, die CDU war mit -0,3 leicht, die FDP mit -1,8 stark negativ.

Insgesamt sprach sich laut Infratest dimap eine Mehrheit von 51 % der Befragten für einen SPD-geführten Senat aus, einen Senat unter Führung der Grünen wollten 37 %. Bei den Koalitionsoptionen würden 35 % eine Koalition von SPD und Grünen präferieren,

23 % eine aus SPD und CDU. Nur 16 % sprachen sich für eine Fortführung von Rot-Rot aus und gar nur 10 % wollten eine schwarz-grüne Koalition. Laut Forschungsgruppe Wahlen fanden sogar 49 % eine Koalition von SPD und Grünen gut, eine aus SPD und CDU 33 % und von SPD und Linken 29 %.

Bei den Themen war laut Forschungsgruppe Wahlen am wichtigsten Bildung / Schulen vor Arbeitslosigkeit, Kriminalität, Mieten / Wohnungsmarkt und Ausländer / Integration. Bei Infratest dimap erscheint dieselbe Reihenfolge und zusätzlich das Thema Verkehr an sechster Stelle. Bei den Kompetenzen lag die CDU nur beim Thema Kriminalität vorn, ansonsten führte die SPD. Beim Thema Finanzen lag sie gleichauf mit der SPD. Bei Schule / Bildung lag sie zusammen mit den Grünen auf dem zweiten Platz, ebenso bei Wirtschaft und Zukunft. Bei der Ausländerpolitik lag sie hinter den Grünen auf dem dritten Platz, bei Soziales sogar hinter Grünen und Linken auf dem vierten Platz. Für die Volkspartei CDU wird deutlich, wo sie ihre strukturellen Defizite hat.

Zwar sagten laut Forschungsgruppe Wahlen 70 % der Wähler, für sie sei die Situation im Land wahlentscheidend gewesen. Aber immerhin 25 % gaben die Politik im Bund als Grund an, was zeigt, dass der generelle politische Bundestrend hier seine Spuren hinterlassen hat.

Die letzte Wahl des Superwahljahres 2011 hat die Schwäche der FDP bestätigt. Für die CDU allein war dieses Ergebnis mindestens ein Trostpflaster, denn das Ende der rot-roten Bündnisoption im Land, der Einzug in die Regierung und ein leichter Zugewinn angesichts der aktuellen Lage könnten die Andeutung von Licht am Ende des Tunnels bedeuten. Dies umso mehr, als es sich bei den Wahlen im Jahr 2011 schon terminlich um klassische „mid-term elections“ handelte, bei denen ein schlechtes Abschneiden der Regierungsparteien im Bund keine Überraschung ist. Von der höheren Wahlbeteiligung hat auch die CDU profitiert: Anders als in Mecklenburg-Vorpommern gab es keine weitere Demobilisierung. Eine bürgerliche Mehrheit aus CDU und FDP war schon vor der Wahl in Berlin aussichtslos und ist nachher nicht wahrscheinlicher geworden. Das bedeutet, dass sich die CDU weiterhin (in Berlin, aber auch darüber hinaus) strategisch um Bündnisoptionen jenseits einer Koalition mit den Liberalen bemühen muss.

Autor

Dr. Gerhard Hirscher ist Referent für Grundsatzfragen der Politik, Parteien- und Wahlforschung, Hanns-Seidel-Stiftung, München.

Impressum: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Lazarettstraße 33, 80636 München
Vorsitzender: Dr. h. c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a. D., Senator E. h.
Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf